

Andrea Woeldike

Die Liebe zu schnauzbärtigen antisemitischen Diktatoren

Deutsche Reaktionen auf den Sturz Saddam Husseins

Als sich im Herbst 2002 immer deutlicher abzeichnete, daß die USA unter der UN-Resolution 1441 nicht nur eine Aufforderung zu erneuten Waffeninspektionen im Irak verstanden, sondern die Legitimation dafür, ohne weitere UN-Resolutionen in einer »Koalition der Willigen« Saddam Hussein zu stürzen, begann sich in Deutschland die Friedensbewegung zu formieren. Wobei die Akteure auf jene Kontakte zurückgriffen, die sich seit 1991 durch die gemeinsamen Solidaritätsdelegationen in den Irak entwickelt hatten. So wurde der erste große Mobilisierungskongreß, der Anfang November 2002 im Berliner Rathaus Schöneberg unter dem Motto *Der Irak – Alternativen zu Embargo und Krieg* stattfand, von Friedensorganisationen wie Ärzte gegen Atomkrieg (IPPNW), Friedensratschlag, Versöhnungsbund und DFG-VK veranstaltet, doch ebenso von der Deutsch-Irakischen – und der Deutsch-Arabischen Gesellschaft (DAG), die gute Kontakte zum Ba’th-Regime pflegten. Neben Koryphäen der Friedensbewegung wurde als Redner dann auch Aziz Alkazaz geladen, der zu dieser Zeit nicht nur Generalsekretär der Deutsch-Irakischen Gesellschaft war, sondern zugleich Gründer und Vorsitzender der »Irakischen Initiative für Gerechtigkeit und Völkerverständigung« (IGV) und Vizepräsident des Kongresses der Auslandsiraker unter Saddam Hussein. Den damaligen irakischen Oppositionellen, die dies kritisierten, hielt der Sprecher der »Bundeskoordination Friedensratschlag«, Peter Strutynski, auf dem Eröffnungsplenum entgegen, daß die »Menschenrechtsfrage nicht gegen Frieden ausgespielt« werden dürfe, denn »Frieden sei die Grundbedingung für jeden Fortschritt« im Irak. So hatte dieser Kongreß den Menschen im Irak, gegen die das Ba’th-Regime seit Jahrzehnten einen ständigen Krieg führte und sie dem Zustand des »permanenten Terrors« (Hannah Arendt) unterwarf, nicht viel mehr mitzuteilen, als: »Wer im Lande nicht gegen das Regime opponiert, hat nichts zu leiden... Eine begeisterte Unterstützung für

das Regime fehlt, aber lieber soll der augenblickliche Zustand erhalten bleiben, als wieder Krieg, Zerstörungen und Massentötungen und dann ein neues Regime, etwa unter amerikanischer Führung.«¹ Ulrich Gottstein erklärte in seinen Eingangsworten, daß »besonders auch in Deutschland« Krieg große Sorgen auslöse, denn »wir Deutsche wissen noch genau was Krieg bedeutet. Noch sind nicht alle Kriegsschäden beseitigt, noch trauern viele Menschen um ihre gefallenen Männer und Söhne, viele um ihre Väter, Geschwister und Mütter, um ihre verlorene Heimat« (Ebenda), und der Psychoanalytiker Horst Eberhard Richter wurde nicht müde davor zu warnen, wie es den USA »durch den Sieg über Hitler gelungen (sei), Europa zu amerikanisieren«, so würden sie mit »der Niederwerfung Saddam Husseins in der dortigen Region« das gleiche Ziel verfolgen.²

Auch die Friedensbewegung 1991 kritisierte weder den irakischen Angriffskrieg gegen den Iran mit circa einer Million Toten, der bis 1988 gedauert hatte, oder die Besetzung des souveränen Staates Kuwait 1990, oder zumindest die Anfal-Offensive, bei der 1988 nicht nur 180 000 Kurden umgebracht wurden, sondern mit Hilfe deutscher Technologie 5000 Menschen in der kurdischen Stadt Halabja vergast wurden. Ebenso wenig zeigte sich die Friedensbewegung solidarisch, als die Schiiten im Sommer 1991 gegen das Ba'th-Regime revoltierten, welches sofort mit Panzern und Napalm die Aufstände niederwalzte, sondern sie fühlte sich erst dann dazu berufen, gegen Krieg zu mobilisieren, als die USA mit einer Bombardierung des Irak drohten.

Unter dem gemeinsamen Motto *Kein Blut für Öl* gingen in Deutschland Hunderttausende auf die Straße, aufgerufen von Kirchen, Gewerkschaften und Parteien. Zum Großteil mit Botschaften wie: »Wir haben Angst«, »Wir sind zu jung zum Sterben« oder: »Haß, Haß auf die USA« und »Bush – Völkermörder«. Während Daniel Cohn-Bendit erklärte, »George Bush sei der erste durchgeknallte

¹ Zitiert nach Prof. Dr. Ulrich Gottstein, IPPNW, *Irak nach dem Zweiten Golfkrieg 1991. Der Nächste wird noch schlimmer*, auf diesem Kongreß. Dieser ist dokumentiert unter: www.embargos.de

² *Besessenheit stiftet nur Unfrieden*. In: *Frankfurter Rundschau* vom 2.05.2003 oder zum Beispiel. *Stillhalten ist tödlich*, Vortrag vor dem DGB am 1.09.2003 in Frankfurt/M., wie eben auch auf jenem Kongreß.

Präsident der USA«, doch die Bevölkerung in Frankfurt solle sich nicht dem Gefühl der Hilflosigkeit angesichts der »drohenden Vernichtung ausliefern«, erfreute sich die alte antiimperialistische Parole *Nieder mit Imperialismus, Zionismus und Faschismus* breiter Zustimmung – auch wenn der nunmehr von den imperialistischen Staaten angegriffene Irak selbst nicht für Befreiung, sondern für die Errichtung einer totalitären Diktatur und die Vernichtung aller emanzipativen Bewegungen des Landes stand. Am 18. Januar warnte die *Sozialistische Zeitung (SoZ)* vor dem »drohenden Holocaust am Golf« und meinte damit keineswegs die Bedrohung Israels durch irakische Giftgas-Angriffe.³

Genau wie zwölf Jahre zuvor kaprizierte sich das Gros der Friedensbewegung 2003 vornehmlich auf das »Argument der Argumente: Öl als magischer Schlüssel zur Erklärung der Welt« (Sznajder 2003.), auf eine allein vom »amerikanischen Imperium« ausgehende Bedrohung des Friedens und antiimperialistische »Welterklärungen«, verbunden mit der Gleichsetzung von Bush und Sharon mit Hitler.

Als »Signal für die Geburt einer europäischen Öffentlichkeit« erschienen die Friedensdemonstrationen auch dem Philosophen Jürgen Habermas. Da, wie er später mitteilte, sein letzter Besuch in der USA im Winter 2002 ihn sehr deprimiert habe und das dortige »öffentliche Klima« ihn bedrücke, weil die »Regierung den Krieg gegen den Irak auch in den Medien vorbereitete, ... während die Stimmen der Opposition fast ganz verstummt«⁴ gewesen seien. Deshalb sei es notwendig, daß sich eine europäische als Gegengewicht zur amerikanischen Identität herausbilde, deren längerfristige Vision von einem

³ Wolfgang Schneider: *Lazarett Deutschland. konkret* 03/91. Dennoch gab es damals zum Beispiel noch eine große pro und contra Diskussionsveranstaltung in Frankfurt, bei denen Kriegsbefürworter und Friedensbewegung diskutierten, inwiefern der Krieg zumindest zur Verteidigung Israels sinnvoll und notwendig wäre, oder ob das ba' thistische Regime im Irak tatsächlich als antiimperialistisch zu bezeichnen sei, oder ob die Vorstellung eines Krieges, allein geführt aus »Ölinteressen,« wirklich den Tatsachen entspreche. (Siehe die *tageszeitung* vom 2.02.1991: *Den Krieg in den Köpfen vermeiden*)

⁴ *Hemdsärmeliges Pamphlet. Frankfurter Rundschau* vom 6.08.2002. Zu dieser von einigen deutschen und französischen Intellektuellen angeführten Projektion siehe zum Beispiel Michael Kelly: *What Now?* The Atlantic Monthly, März 2003.

»avantgardistischen Kerneuropa« vorangetrieben werden müsse, mit Deutschland und Frankreich »wie so oft« als »Lokomotiven«. Um diese »zukünftige Vision« zu entwickeln griff er auf das Ressentiment der Friedens- und Antiglobalisierungsbewegung von einer allein durch Öl- beziehungsweise Geldinteressen bestimmten materialistischen USA, im Gegensatz zu einer moralisch bestimmten Politik Europas zurück, allerdings eleganter formuliert: In der Geschichte Europas hätte sich »ein Ethos des Kampfes für »mehr soziale Gerechtigkeit« durchgesetzt«, im Gegensatz zum Ethos der USA, welches mehr von einem »(individualistischen) Ethos der Leistungsgerechtigkeit, das krasse soziale Ungleichheiten in Kauf nimmt«, bestimmt sei. (Habermas 2003)

Für manchen, der sich wunderte, warum Habermas, der sich selbst als »Transatlantiker« bezeichnete und durchaus den Krieg im Kosovo mit deutscher Beteiligung befürwortete, da »die erschütternden Bilder von den Vertriebenenentrecks auf den Routen nach Mazedonien, Montenegro und Albanien die Evidenzen für eine von längerer Hand geplante ethnische Säuberung waren« (Habermas 1999), lieferte er die Antwort, als Ronald Asmus, ehemaliger außenpolitischer Berater der Regierung Clinton Ende letzten Jahres zu einer Tagung unter dem Motto *Die notwendige Transformation des Mittleren Ostens und die mögliche zivilisatorische Mission des Westens* lud. Dort machte Habermas deutlich, daß es ihm weniger um diese Fragestellung gehe, als vielmehr um »die gedemütigte europäische Identität«, auf der Amerika »herumtrampelt«. (Zitiert nach *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 22.04.2003: *Es werde Gewalt*)

Um diese Behauptungen inhaltlich zu füllen, spitzte er seine 1999 bezüglich des Kosovo- Krieges entworfene Unterscheidung zwischen der US-amerikanischen und europäischen Politik weiter zu. So stellte er bereits damals die Menschenrechtspolitik der USA gegen die der »meisten Regierungen der EU«, die sich bemühten eine »Partei zu sein, die für das Ganze handeln will«, während die USA »die globale Durchsetzung der Menschenrechte als die nationale Mission einer Weltmacht« betrieben, »die dieses Ziel unter Prämissen der Machtpolitik« verfolge. »Eine Sache ist es, wenn die USA in den Spuren einer wie auch immer bemerkenswerten politischen Tradition die menschenrechtlich instrumentierte Rolle des hegemonialen Ord-

nungsgaranten spielen. Eine andere Sache ist es, wenn wir (sic!) den prekären Übergang von der klassischen Machtpolitik zu einem weltbürgerlichen Zustand über die Gräben eines aktuellen, auch mit Waffen ausgetragenen Konflikts hinweg als gemeinsam zu bewältigenden Lernprozeß verstehen.« (Habermas 1999; siehe auch Scheit 2003) Im Irak konnte er jedoch keine »ethnischen Säuberungen« wie im Kosovo erkennen, oder im Sturz Saddam Husseins einen Schritt zur Durchsetzung der Menschenrechte in Richtung eines »weltbürgerlichen Zustandes«, und in seiner moralischen Empörung über die USA, die mit dem Krieg gegen den Irak einen »völkerrechtswidrigen Akt« begangen hätten, entging ihm auch der Umstand, daß auch der Kosovo-Krieg ohne UN-Mandat stattfand. So schrieb er entrüstet als Antwort auf Hans Magnus Enzensberger, der als einer der wenigen deutschen Intellektuellen »triumphale Freude über den Sturz Saddam Husseins« (2003: 39) geäußert hatte, »machen wir uns nichts vor: die normative Autorität Amerikas liegt in Trümmern«. Denn sie hätten »die Moral des Völkerrechts« ausgehebelt und versuchten zusätzlich »universale Werte« im Irak umzusetzen, die jedoch keineswegs »Güter (seien), die man global vertreten und exportieren« könne. (*Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 17.04.2003: *Was bedeutet der Denkmalssturz?*)⁵

Mit dieser Fokussierung auf die USA, als deren ständiges Opfer man sich fühlt, wobei der Nahe Osten allein zur Projektionsfläche dient, ist Jürgen Habermas nur ein prototypisches Beispiel unter vielen deutschen Intellektuellen. Mit der Wiedervereinigung Deutschlands begannen sich Völkerrechtler, Politologen, Philosophen, Historiker, Soziologen oder auch Literaten zunehmend über die zukünftige Rolle des vergrößerten Deutschlands Gedanken zu machen und die Fragen nach dem zukünftigen Verhältnis zum Westen und den transatlantischen Beziehungen aufzuwerfen. Was unter der Regierung Kohl ›westliche Wertegemeinschaft‹, ›Normalisierung‹, ›Europäisierung‹ und ›Historisierung‹ lautete und dank der ›Gnade der späten Geburt‹ möglich geworden war, wurde zunehmend von Seiten Intellektueller

⁵ Zur vorgeblich ›humanitären Menschenrechtspolitik‹ Deutschlands im Gegensatz zur Politik der USA siehe zum Beispiel Ulrich Speck: *Deutsche Interessen*. In : *Merkur* 2/2004.

neu definiert. So sei es für die deutsche Nation, die nun »erwachsen geworden sei«, nicht länger hinnehmbar, allein die Rolle »des Scheckbuchhalters der USA« zu übernehmen. Verschiedene »Debatten« zur deutschen Vergangenheit (zum Beispiel Zwangsarbeiterentschädigung), die Teilnahme am Krieg gegen Jugoslawien sowie die Forderung nach einer europäischen Militärmacht stellen Marksteine in diesem Prozeß der »Normalisierung« Deutschlands dar.

Als Bundeskanzler Schröder im Jahr 2002 nicht nur einen »deutschen Weg« propagierte, sondern zugleich der Welt und insbesondere den USA mitteilte, die Deutschen seien »nicht länger bereit, die Hacken zusammenzuschlagen«, da Deutschland ein »modernes Land« sei, in welchem die »Entscheidungen in Berlin – und allein in Berlin getroffen würden«, handelte es sich keineswegs, wie oft vermutet, um reine Wahltaktik. Er formulierte, gestützt auf einen breiten gesellschaftlichen Konsens, der von Gewerkschaften über linke wie rechte Parteien bis weit hinein ins bürgerliche Spektrum reichte, eine eigenständige Politik gegen die USA, die eigene Werte als die »moralisch überlegenen« gegenüber den USA betonte. Hierbei traten ökonomische und geostrategische Interessen in den Hintergrund, die Deutschland in der sogenannten Achse des Friedens mit Rußland und Frankreich, anders als diese beiden Länder, nicht hatte.⁶

⁶ Die Regierung unter Schröder greift mit der aggressiven Formulierung eigenständiger Werte gegenüber den USA zwar durchaus auf antiamerikanische Ressentiments zurück, die durch den kalten Krieg überdeckt waren, doch begibt sie sich insofern auf Neuland, als seit Gründung der Bundesrepublik deutsche Außenpolitik versuchte, eine moderierende Rolle zwischen französischen Ansprüchen mit einer häufig gegen die USA gerichteten Europapolitik und transatlantischen Interessen einzunehmen. Die vor allem von konservativer Seite durchgesetzte »Westbindung« war Ausdruck einer gewollten, wie durch äußere Zwänge gesetzten Abkehr vom so genannten »deutschen Sonderweg«, der zu zwei Weltkriegen und zu Auschwitz geführt hatte. Zugleich standen Adenauer ebenso wie die Folgereregierungen, sowohl von konservativer ebenso wie von sozialdemokratischer Seite, für eine weitgehende transatlantische Werteidentität, deren Gemeinsamkeiten in der Betonung von Freiheit, Marktwirtschaft und einem antitotalitären Konsens lag. Wengleich mit der Wiedervereinigung und dem Wegfall des kommunistischen Ostblocks allmählich eine Neuorientierung begann, so stellte die konservative Regierung unter Helmut Kohl dabei die Prämissen der transatlantischen westlichen Wertegemeinschaft nicht in Frage, sondern versuchte nur,

Offiziell wurde diese Politik sowohl von friedensbewegten Intellektuellen wie von der Regierung mit der Forderung nach einer »vitalen Rolle« der UNO legitimiert, wobei dieser Organisation eine fast übernatürliche Rolle beigemessen wurde. Sie galt nicht nur als eigenständige Großmacht neben den Vereinigten Staaten, sondern auch als aktiver Gestalter der Weltpolitik, die alle Konflikte lösen und als einzige den weltweiten Frieden wahren könne⁷. Marginal blieben jene, wie zum Beispiel der Soziologe Karl Otto Hondrich, die diese Sichtweise kritisch hinterfragten. Hondrich, der darauf hinwies, daß nicht die UNO an sich Recht durchsetzen kann, da sie weder Weltstaat noch supranationale Organisation ist, und so immer nur die Nationalstaaten als Akteure auftreten können, die logischerweise im »begrenzten Eigeninteresse handeln«, wurde daraufhin vorgeworfen, er sei von »imperialen Sehnsüchten nach Herrschaft« geprägt und amerikahörig.⁸

Diese Forderungen nach einer Weltpolitik, die in Zukunft allein vom »Völkerrecht« bestimmt werde, wurden in Deutschland ebenso wie die Warnung vor dem Sturz eines Diktators perfiderweise zumeist mit dem Hinweis versehen, gerade aufgrund des Nationalsozialismus, aus dem man »gelernt« habe, sei man besonders befähigt zu definieren, wo tatsächlich totalitäre Verhältnisse herrschen und wie Voraussetzungen für demokratische Verhältnisse geschaffen werden können.⁹ Nicht nur in Äußerungen von Regierungsmitgliedern,

eigenständige Interessen in bezug auf den nun offenen Markt im Osten zu formulieren.

⁷ Tatsächlich jedoch beschränkt die Charta der UN selbst ihre Rolle, indem sie ihre Aufgabe definiert als »Aussprache über internationale Probleme«. Kritik an dem »antihegemonialen Kampf für das Völkerrecht« übte zum Beispiel André Glucksmann: *Europa, ein Vogel Strauß. Die Welt* vom 12.04.2003.

⁸ Vgl. Norman Paech: *Ein Tribunal der Völker ist nötig. Einleitungsreferat vom 4. Europäischen Kongreß für Friedenserziehung vom 30.06–4.07.2003*, zitiert nach *Zeitschrift der GEW Hamburg* 10/03.

⁹ »Den Glauben, daß von einem Krieg und der langfristigen Präsenz einer starken westlichen Armee ein großes Demokratisierungsbeben ausginge, kann ich nur schwer nachvollziehen«. Außenminister Josef Fischer: *Wir bleiben beim Nein*. In: *Die Zeit* Nr. 9 vom 20.02.2003. Oder Bundestagspräsident Wolfgang Thierse stellte die Frage, ob im Irak »irgendetwas Problem gelöst« sei, außer daß der »Diktator weg ist«. Im Gegensatz

führenden deutschen Intellektuellen und Leserbriefschreibern, auch in der Linken spiegelte sich in den Warnungen vor »zuviel Freiheit«, die im kulturellem Niedergang münde, oder dem zu unvermittelt erfolgenden ökonomischen Wandel, der die Gemeinschaft zerstöre, die Angst vor Veränderung und das Beschwören des Status quo wider. Letztendlich ging es bei all dem weniger um den Irak, als um die Rekonstruktion der eigenen Geschichte und die Abgrenzung von den USA. Diese würden mit dem geplanten Sturz eines Despoten nicht weniger als das »Überleben der Welt« in Frage stellen und zugleich beweisen, daß sie sich endgültig zu einem »totalitären Regime« gewandelt haben, welches Europa und die Gemeinschaft der Völker bedrohe. Die USA seien heute nicht mehr als eine »Rumpfdemokratie«, die ähnlich den intellektuellen Rechten der 1930er-Jahre in Deutschland »zum Sturm auf den liberalen Zeitgeist« mittels einer konservativen Revolution aufriefe. Dagegen hätte Deutschland beziehungsweise das »alte Europa« »eine Blüte der imperialen Machtentfaltung erlebt«, sei jedoch inzwischen durch den »Verlust eines Imperiums« und die »reflexive Distanz« dazu im Gegensatz zu den USA besser befähigt, »aus der Perspektive der Besiegten sich selbst in der zweifelhaften Rolle von Siegern wahrzunehmen.« (Habermas 2003)

Linke bis liberale Medien wurden nicht müde, von »den tributpflichtigen Vasallenvölkern« gegenüber dem *imperium americanum* zu sprechen; der *Spiegel* berichtete vom Kampf Davids (als Schröder) gegen Goliath (als Bush); in der Tagesschau hieß es, »Deutschland werde zu (einem Volk von) Heloten degradiert«. Der Hinweis, die USA würden allein »durch Maßlosigkeit und Gier getrieben«, die »ökonomische Ausplünderung fremder Völker« zu betreiben, war nicht nur in linken Publikationen wie der Wochenzeitung *Freitag* zu finden.

Kaum hatte die »Koalition der Willigen« mit dem Einmarsch in den Irak begonnen, denunzierte Freimut Duve, Medienbeauftragter der OSZE und SPD-Mitglied, die *embedded journalists* als »Zen-

dazu lobte er den Iran, »der auf mühsame Weise versucht, Treue zum Islam und einen Demokratisierungsprozeß (sic!) miteinander zu verbinden... Iran ist ein kostbares Beispiel. Das Experiment sollte man nicht durch Drohungen, Schüren eines offenen Bürgerkrieges... beenden«. *Der Tagesspiegel* vom 3.07.2003.

soren«, während sie von *der tageszeitung* bis zur *Frankfurter Rundschau* als »Pressesprecher des Panzers« bezeichnet wurden, die sich »ins Bett mit dem Leutnant« oder »mit dem Pentagon« begäben. Um dagegen eine »objektive und umfassende Berichterstattung« (ZDF-Chefredakteur Nikolaus Brender) zu ermöglichen, wurde der seit Januar 2002 bestehende Kooperationsvertrag zwischen ZDF und dem arabischen Nachrichtensender *al-Jazira* auf einen täglichen exklusiven Sechs-Stunden-Zugang ausgeweitet. Man kooperierte also mit einem Sender, der zugleich mit 50 000 Euro monatlich von Saddam Hussein unterstützt wurde, wie inzwischen Akten aus Bagdad belegen. (kurdishmedia.com vom 19.07.2003: *Alleged official Iraqi document reveals Saddam's support for Al-Jazeera TV*) Während die Berichte von BBC- oder CNN-Journalisten immer mit dem Hinweis auf ihre Herkunft versehen und zusätzlich mit Kommentaren unterfüttert wurden, wie: die ›Kriegsverbrechen‹ oder der ›Massenmord an Zivilisten‹ lasse sich aus diesen Bildern nur erahnen, flimmerten die Bilder von *al-Jazira* unkommentiert über die deutschen öffentlich-rechtlichen Kanäle. Im Gegensatz zu den US-Reportern, die »von der Gier nach Live-Bildern« getrieben seien, versäumte das deutsche Fernsehen es nicht, auch aus der Sicht irakischer Fedayin zu berichten.¹⁰

Flankiert wurden diese Nachrichten mit zahllosen Talkrunden, in denen die Nahostexperten fleißig Katastrophenbilder malen durften. Wobei die Prognosen über die zu erwartenden Toten allein bis zum Sturz Husseins zwischen 10 000 und Hunderttausenden schwanken; diese Zahl würde allerdings durch den zu erwartenden Flächenbrand im gesamten Nahen Osten noch ins Unermeßliche steigen. Einig waren sich jedoch die Nahostexperten von Peter Scholl-Latour, der gleich 2–3 mal am Tag in Expertenrunden auftrat, über Volker Perthes, Michael Lüders bis zu Udo Steinbach sowohl darin, daß der Frieden im Nahen Osten allein über den Weg über Jerusalem zu gewinnen sei und eine Demokratisierung des Iraks notwendig schei-

¹⁰ So zum Beispiel die *Brennpunkt-Ausgabe* der ARD vom 8.04.2004: Eine Gruppe von jugendlichen Fedayin wurde bei ihrem Aufbruch zum Kampf gegen US-Truppen gefilmt, bei gleichzeitiger mitfühlender deutschen Kommentierung über »das letzte Aufgebot Saddam Husseins«, welches »tapfer und kameradschaftlich« kämpfe, doch leider »gegen die überlegenen Waffen der USA keine Chance« habe.

tern müsse, da Demokratie den »arabischen Menschen wesensfremd« wäre.¹¹

Eine Steilvorlage lieferte bereits am 21. März Jürgen Fliege in seiner ARD-Talkshow. Nachdem alle ihre »Traurigkeit und Angst« bekundet hatten, und der SPD-Moralist Erhard Eppler den Vergleich zum Beginn des Zweiten Weltkrieges gezogen hatte, brachte es der ehemalige »Bomberpilot« und heutige »christliche Bestsellerautor« Jörg Zink auf den Punkt: Bei der Frage, ob es moralisch gerechtfertigt sei, wenn die Amerikaner »Tyrammenmord« begingen, antwortete er: »Dazu wäre ein normaler Amerikaner gar nicht fähig. Er müßte den Mut haben, den die jungen Selbstmordattentäter der Palästinenser haben, sich selbst in die Luft zu sprengen. Das hat er aber nicht.« Alle schwiegen, keiner widersprach.¹²

In den folgenden Tagen häuften sich in den deutschen Medien die Spekulationen, ob den Amerikanern im Irak die Neuaufgabe von Stalingrad drohe, oder Bagdad gar durch »Bombenterror aus der Luft« zur Aufgabe gezwungen werde, welcher von der »Stadt nur noch ein rauchendes Trümmerfeld übrig lasse«. Vielleicht würden die amerikanischen Truppen auch einen Häuserkampf wie 1945 in Berlin wagen, was aber durch den zu erwartenden »Volkssturm« beziehungsweise das letzte Aufgebot der Elitetruppen Saddam Husseins die Zahl der Toten auf beiden Seiten ins Unermeßliche treiben würde.

Als sich schon nach knapp drei Wochen ein baldiges Ende des Regimes abzeichnete und Iraker ihrer Wut über die Ba'ath-Partei Ausdruck verliehen, indem sie deren Ministerien anzündeten, war in der deutschen Presselandschaft zu lesen, die USA könnten immer nur Chaos und Anarchie hervorbringen, während vor dem Sturz Saddam Husseins wenigstens Ruhe und Ordnung geherrscht habe.¹³

¹¹ »Egal in welche Richtung man spekuliert: Die Zukunft des Landes ist düster... Alles weitere ist nachzulesen in dem Klassiker *Von Bagdad nach Stambul*. Geschrieben von Karl May.« So Michael Lüders in der *Frankfurter Rundschau* vom 8.04.2004: *Betreff: Die Zukunft ist düster*.

¹² Jörg Zink am 21.03.2003 in der Talkshow von Jürgen Fliege, zitiert nach Henryk M. Broder: *Das sind mutige junge Leute*. In: *Jüdische Allgemeine* vom 5.06.2003.

¹³ Dies gilt für die *Frankfurter Rundschau* über die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* bis hin zur Friedensbewegung. Beispielhaft sei hier nur auf den Artikel von Franziska Augstein: *Amerika für alle. Die vielen Väter des*

Die Vorstellung, die Amerikaner würden tatsächlich planen, im Irak demokratische Strukturen aufzubauen, löste im ›alten Europa‹ nur Spott aus. Bei jeder Demonstration der Schiiten wurde der bevorstehende Aufstand gegen die ›amerikanische Okkupation‹ vermutet, auch wenn es sich einfach um Forderungen nach ausstehenden Löhnen oder einer konsequenteren Debatte handelte.

Statt dessen verteidigte der sich selbst in der Tradition der Kritischen Theorie begreifende Jürgen Habermas Ted Honderichs Buch *Nach dem Terror*, welches er dem Suhrkamp-Verlag zur Publikation empfohlen hatte, da aus ihm das »Gerechtigkeitspathos eines alten Sozialdemokraten« spreche.¹⁴ Der ›Moralphilosoph‹ Ted Honderich rechtfertigt darin *suicide bombing* als einen Akt, der das soziale Unrecht der Welt – insbesondere der USA – offen legen würde. Vor allem den palästinensischen *suicide bombers* spricht er dabei ein »moralisch legitimes Recht« zu. Und für moralisch gerechtfertigt hält auch Habermas diese Attentate, denen es nur um die Vernichtung um der Vernichtung willen geht, selbst wenn er sich sicherheitshalber distanziert, indem er einschränkend hinzufügt, daß er sie als politisches Mittel für fragwürdig hält. Auf genau der gleichen Ebene bewegen sich inzwischen auch intellektuellere linke Presseorgane, in denen nicht nur behauptet wird, »die USA hätten im Irak möglicherweise eine islamistische Pandora-Büchse geöffnet«, sondern in denen auch über die mörderischen Attentate auf Pilger während des schiitischen Aschura-Festes, die einen Tag nach der Unterzeichnung der vorläufigen irakischen Verfassung verübt wurden, zu lesen ist, daß diese nicht von al-Qaida ausgeübt worden sein könnten. Womit im-

Krieges gegen den Irak in der *Süddeutschen Zeitung* vom 12.04.2003 hingewiesen, in dem sie die These aufstellt, nur ein autoritäres Regime könne im Irak Gewalt und Chaos stoppen, genauso wie die Taliban Mitte der 1990er-Jahre in Afghanistan »den anarchischen Verhältnissen ... ein Ende setzten«. Desgleichen die massenhaften Artikel nach den angeblich ›unvorstellbaren‹ Plünderungen des irakischen Nationalmuseums (diese Behauptungen wurden in die Welt gesetzt von dem ehemaligen Direktor des Museums und von Walter Sommerfeld, dem Vorsitzenden der Deutsch-Irakischen Gesellschaft tatkräftig unterstützt) gerne mit dem Hinweis versehen wurden, die Amerikaner hätten die Iraker mit dem Satz »Ali Baba go in« sogar zu diesen aufgefordert.

¹⁴ Alle Zitate von Jürgen Habermas: *Hemdsärmliges Pamphlet*. Abgedruckt in der *Frankfurter Rundschau* vom 6.08.2003.

plizit angedeutet wird, vielleicht wären ja doch die Amerikaner irgendwie involviert. (Pankow 2003; 2004) Zumindest habe Bush den »blutigen Kampf der Stämme und der Sekten« ausgelöst sowie »den Haß der arabischen und anderen Muslime auf die USA vertieft, (der) tagtäglichen Terror provoziert« – auch wenn er es nicht wahr haben wolle. (Schilling 2004)

Das Gros der Friedensdemonstranten ist inzwischen stillschweigend von den Straßen verschwunden, wie die Organisatoren der Friedensdemonstrationen zum Jahrestag des Irak-Krieges feststellen mußten. Doch hielt sich der »Protest in Grenzen«, da in Deutschland die Menschen ihre Regierung nicht mehr überzeugen mußten, wie die *Frankfurter Rundschau* am 22.03.2004 schrieb. Denn nach dem vorläufigen Scheitern der deutschen Politik bezüglich des Irak-Konflikts sucht die Bundesregierung nun, wie etwa auf der Münchner NATO-Konferenz, eine gewisse Interessenharmonisierung mit den USA, ohne dabei die 2003 zum Ausbruch gekommenen tiefgreifenden ideologischen und inhaltlichen Differenzen zur Disposition zu stellen. Inzwischen wird verstärkt der »Dialog« mit denjenigen Eliten im Nahen Osten gesucht, die erklärtermaßen antiwestlich eingestellt sind oder sogar das *suicide bombing* befürworten. Bekennende Islamisten wie Tariq Ramadan sind nicht nur auf »Sozialforen« der Antiglobalisierungsbewegung gern gesehene Gäste, sondern waren auch Referenten auf der im Februar von der regierungsnahen Friedrich-Ebert-Stiftung durchgeführten Konferenz *Europe and the Islamic World: From Dialogue towards Understanding* in Beirut. Wie schon auf den Friedensdemonstrationen im Februar 2003 gegen den Irakkrieg ist eine erstaunliche inhaltliche Nähe zwischen Regierung und Protestbewegung festzustellen, die weitgehend eine »Werteidentität« verbindet. So ist ihnen allen doch das Wissen gemein, daß alles Übel im Irak in der »amerikanischen Besatzung« liege, und allein das Völkerrecht und nicht etwa der Kampf um individuelle bürgerliche Freiheitsrechte den Irak befrieden könne.